

*Kathrin Zippel**

Wissenschaft als Kampfzone

Die ideologische Neuordnung der US-Wissenschaftslandschaft

Seit Präsident Donald Trumps Amtsantritt im Januar 2025 erlebt die US-Wissenschaftslandschaft tiefgreifende Eingriffe. Kosteneinsparungen, Bürgerrechtsschutz, Antisemitismusbekämpfung und angeblich illegale DEI-Maßnahmen (Diversity, Equity, Inclusion) dienen als Vorwände um fundamentale Prinzipien der Wissenschaftsfreiheit systematisch zu beschneiden und die Unabhängigkeit und Finanzierungen von Hochschulen zu untergraben.

Der fokussierte Angriff auf die Harvard University steht zwar derzeit im Zentrum der Aufmerksamkeit, aber diese Entwicklung markiert vor allem einen radikalen Bruch mit der traditionellen Partnerschaft zwischen Staat und Hochschulen in Forschung und Lehre und stellt die bisherigen Finanzierungsgrundlagen generell in Frage. Die Eingriffe zeugen von erschreckender Missachtung akademischer Errungenschaften – Forschungsdaten werden vernichtet, Publikationsverbote verhängt, Projektfinanzierungen eingefroren oder gleich gestrichen, und ganze Forschungsbereichezensiert. Die geplanten Kürzungen mit teilweise über 50 % des Budgets treffen

zentrale Institutionen wie das Department of Education, die National Institutes of Health, die National Science Foundation, NASA, sowie das National Endowment for the Humanities. Darüber hinaus hat die Regierung durch den Stopp der Visavergabe für internationale Studierende und Gastwissenschaftler:innen die systematische Aushöhlung der Hochschulen als unabhängige Institutionen kritischer Wissenschaft und internationaler Zusammenarbeit vorangetrieben. Das Ziel scheint eine fundamentale Umstrukturierung der amerikanischen Bildungs- und Forschungslandschaft zu sein. Dies wird den Wissenschaftsstandort USA global schwächen und damit auch Innovation, Forschung, und Lehre behindern.

Strukturelle Schäden und Verunsicherung

Auch vor lebensrettender Krebs- und Alzheimerforschung sowie der Versorgung ländlicher Universitätskrankenhäuser machen die Eingriffe und Kürzungen nicht Halt – ein wissenschaftsfeindlicher Angriff mit

gravierenden gesellschaftlichen Folgen. In kürzester Zeit wurden tiefgreifende strukturelle Schäden verursacht. Allein bei den NIH wurden Forschungsgelder von über 3.7 Milliarden¹ für laufende und schon zugesagte Forschungsprojekte gestoppt. Dies und der oft chaotisch umgesetzte Rauswurf von Personal erzeugt existenzielle Unsicherheit.

Die finanziellen Einschnitte sind existenzbedrohend für Hochschulen. Sowohl private als auch öffentliche forschungsstarke Hochschulen finanzieren nicht nur ihre Forschung durch öffentliche Forschungsgelder, sondern auch die Forschungsinfrastruktur und sogar Krankenhäuser durch bisher hohe Programm pauschalen. Die aktuelle Politik bringt somit das gesamte amerikanische Hochschulfinanzierungssmodell ins Wanken, zumal über die angekündigten radikalen Kürzungen von Forschungsgeldern sowie Programm pauschalen hinaus auch der Gemeinnützigkeitsstatus und die Vergabe von Studien- und Forschungsvisa in Frage gestellt werden.

Teilweise verlangten Hochschulen in vorauselendem Gehorsam von Wissenschaftler:innen, schriftliche Erklärungen abzugeben, keine DEI-Maßnahmen mehr durchzuführen, ohne dass je definiert wurde, was dies konkret bedeutet. Rechtlich waren ohnehin nur »illegal« Maßnahmen untersagt – ein Punkt, den Gerichte inzwischen bestätigt haben. Dennoch wurden DEI-Büros geschlossen.

Die vorherrschende Unsicherheit behindert nicht nur den wissenschaftlichen Fortschritt, sondern gefährdet besonders den akademischen Nachwuchs, da es aufgrund der prekären Lage zu Entlassungen und Einstellungsstopps kommt. Einige Institutionen versuchen, Teams mit Brückenfinanzierungen zu unterstützen, ein verlässlicher Planungshorizont ist jedoch nicht in Sicht. Die Streichung bereits bewilligter Forschungsgelder und Stipendien für Promovierende und Postdoktorand:innen und die Ankündigung von Bundesbudgetkürzungen für Forschungsfinanzierung führen zur Reduzierung oder Schließung von Graduiertenprogrammen und damit nachhaltigen personellen und wissenschaftlichen Verlusten.

Internationaler Status der US-Wissenschaft

Die nationalistischen Bestrebungen der Trump-Regierung untergraben den Status der US-Wissenschaft als attraktiver Magnet für globales Talent. In krassem Widerspruch zu wissenschaftlichen Grundprinzipien wird vor einer angeblich »illegalen« Ideenzirkulation gewarnt. Von den NIH vergebene internationale Subunternehmerverträge wurden eingestellt und sollen nun separat beantragt werden, um eine gesteigerte »Transparenz« zu gewährleisten. Internationale Studierende müssen erleben, wie ihnen ihre Visa entzo-

gen werden. In der Folge werden Forschungsaufenthalte und -kooperationen aus Angst abgebrochen oder gar nicht erst geplant. Der Visastopp für die sogenannte »Überprüfung« der Visavergabe wird zu weniger Studiengebühren durch internationale Studierende führen. Den US-Hochschulen bricht damit eine zentrale Einnahmequelle weg; und ohne die freie Mobilität internationaler Promovierender und Postdocs ist insbesondere die *Science, Technology, Engineering and Mathematics (STEM)*-Forschung kaum durchführbar, für die jene seit Jahrzehnten einen wesentlichen Teil der Forschungsinfrastruktur bilden.

Besonders betroffene Gruppen

Vor allem prekär Beschäftigte, die von einer wissenschaftlichen Karriere geträumt haben und nun ohne Einkommen und ohne Hoffnung auf eine Stelle dastehen, sind von dieser Krise betroffen. Eine ganze Generation, die bereits die Finanzkrise 2008 und die Pandemie durchleben musste, sieht sich nun mit noch geringeren Aussichten auf Festanstellungen konfrontiert – und sie ist nicht allein. Für Frauen, trans- und non-binäre Personen sowie unterrepräsentierte Minderheiten ist die Situation existenziell bedrohlich, insofern der Wegfall ohnehin knapper Fördermittel, Programme und DEI-Maßnahmen ihre Marginalisierung noch verschärft. In einer Zeit erstarken-

der rechtspopulistischer Strömungen auch an Universitäten bedeutet dies zunehmende Unsicherheit für Wissenschaftler:innen, die Belästigungen und Übergriffen ausgesetzt sind – bis hin zu Morddrohungen. Ihre Institutionen bieten dabei immer weniger Schutz.

Politische Intentionen

Zwar behauptet die Trump-Administration Haushaltskürzungen als offizielles Ziel der Maßnahmen, doch offenbart sich zunehmend ein systematischer Plan zur politischen Neuordnung der US-amerikanischen Wissenschaftslandschaft à la Projekt 2025, das eine ideologisch konforme Wissenschaftspolitik anvisiert, in der staatlich geförderte Forschung eng an nationale, konservative Werte und wirtschaftliche Interessen gekoppelt wird. Hochschulen und Wissenschaftler:innen werden nicht nur als Kostenfaktoren gesehen, sondern gezielt als politische Gegner:innen attackiert. Der grundlegende Umbau zielt auf mehr Kontrolle ab, um eine Umverteilung öffentlicher Ressourcen hin zu politisch loyalen Akteur:innen zu ermöglichen und repräsentiert eine nationalistische, wissenschaftsfeindliche und ausschließende Wertehaltung.

Besonders aufschlussreich ist die Entwicklung von Trumps Wissenschaftspolitik: Die Regierung fordert mehr »intellektuelle Diversität« an Hochschulen und folgt damit

dem rechtspopulistischen Narrativ, Universitäten seien von Liberalen dominiert, die Studierende mit »linken Ideologien indoktrinieren«. Ihre scheinbar pluralistischen Forderungen nach »mehr Meinungsvielfalt« entpuppen sich als Rechtfertigung für die direkte politische Überwachung von Inhalten, Personalentscheidungen und Ressourcenverteilung. Exemplarisch steht hierfür der Regierungsbrief an die Harvard University, der die Übertragung weitreichender Kontrollmöglichkeiten über Zulassungsverfahren, Personalrekrutierung sowie Lehr- und Forschungsthemen an Regierungsinstanzen fordert.

Etablierte wissenschaftliche Grundprinzipien sind mit dieser Entwicklung fundamental in Frage gestellt: Leistungsgerechtigkeit, akademische Freiheit und das international anerkannte Peer-Review-Verfahren werden durch politische Loyalitätskriterien ersetzt. Es sollen also »illegale« DEI Maßnahmen gestoppt werden, unter dem Vorwand so eine Meritokratie wiederherzustellen, wobei gleichzeitig aber eine Bevorzugung von politisch Linientreuen erwartet wird.

Politische Zensur durch Stichwortlisten

Bundesbehörden nutzen offenbar Stichwortlisten, um unerwünschte Forschungsprojekte zu identifizieren und einzufrieren.² Die Liste definiert, welche Wissenschaft uner-

wünscht ist – von Critical Race Theory über Soziologie, Verbreitung von Fehlinformationen durch die Sozialen Medien, bis zu Klimawandel und Sauberen Energien, die gerne als »woke«³ beschrieben werden. Selbst medizinische Forschung wird censiert, wenn sie mehr als zwei Geschlechter anerkennt oder gesundheitliche Ungleichheiten zwischen Bevölkerungsgruppen untersucht. Eine Analyse zeigt: Über die Hälfte aller NSF geförderten Projekte enthielt 2021 mindestens eines dieser Stichworte. Bei den über 1379 gestoppten NSF Forschungsprojekten (bis Juni 2025) handelt es sich vorwiegend um Forschung in der MINT Bildung (750) und in den Sozial- und Verhaltenswissenschaften sowie der Ökonomie (über 270).⁴

Widerstand und gesellschaftliche Reaktionen

Trotz der sich verbreitenden Angst formiert sich Widerstand in der akademischen Gemeinschaft. Wissenschaftler:innen sprechen offen von einem Krieg gegen Wissenschaft, von Wissenschaft als Kampfzone und »Orwellscher Zensur«. In einer Vielzahl von Städten kam es zu Demonstrationen, an denen Forschende, Studierende und Bürgerrechtler:innen unter dem Motto »Stand up for Science« teilnahmen. Auf der Webseite »Save NSF« wird zur Unterstützung aufgerufen.⁵ Hochschulen organisieren

sich in neuen Bündnissen; mehr als 650 Präsident:innen von Hochschulen haben eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, in der sie sich gegen die zunehmende politische Einflussnahme auf die Wissenschaft positionieren, aber auch konstruktive, nicht-zwanghafte Reformbereitschaft signalisieren.⁶

Viele Universitäten und Verbände haben, um die Wissenschaftsfreiheit zu verteidigen, Klagen eingereicht – etwa gegen DEI-Verbote, Forschungskürzungen und Einschränkungen internationaler Studierender. Erste juristische Erfolge haben diese vorläufig gestoppt – ein Hoffnungsschimmer im Kampf gegen die Auslöhlung von akademischer Autonomie und Errungenschaften von Gleichstellung und Diversität. Ob solche Urteile diese Regierung, die bereits Richter:innen verhaftet lässt, sowie ähnliche Entwicklungen auf einzelstaatlicher Ebene bremsen können, bleibt offen. Seit 2021 haben Staaten wie Oklahoma, Florida, Texas und Ohio Anti-DEI-Gesetze erlassen – mit teils widersprüchlichen Regelungen und Folgen für Hochschulen.⁷

Fazit: Die Verteidigung freier Wissenschaft als demokratische Kernaufgabe

Der Vertrauensverlust in US-amerikanische Hochschulen als verlässliche Partner und die Schwächung transatlantischer Wissenschaftskooperationen gefährden unmittel-

bar auch zentrale deutsche und europäische Interessen an akademischer Freiheit, Forschungsstabilität und internationalem Austausch. Deutschland kann durch gezielte Förderprogramme, erleichterte Einreiseverfahren, akademische Schutzräume und internationale Wissenschaftsdiplomatie aktiv dazu beitragen, vertriebene oder frustrierte US-Wissenschaftler:innen aufzunehmen und langfristig in das deutsche Forschungssystem zu integrieren. Besonders sinnvoll sind Sonderprogramme für Exil-Forscher:innen in Schwerpunktbereichen, die in den USA vor allem unter Druck stehen: Klimaforschung, Gender Studies, Demokratie- und Migrationsforschung, Public Health, sowie die Kofinanzierung internationaler Arbeitsgruppen und gefährdeter Datensätze mit Standortverlagerung nach Deutschland.

Der Angriff auf US-Hochschulen ist kein Kollateralschaden fiskalischer Austerität, sondern Teil eines gezielten Projekts zur ideologischen Umstrukturierung von Bildung und Forschung. Diese Entwicklung muss auch für Deutschland eine Warnung sein. Denn das typische Skript autoritärer Regime beginnt mit der Neutralisierung von Hochschulen und Gerichten. Auch hierzulande drohen bereits ähnliche Tendenzen: Internationale Studierende werden nach Protesten des Landes verwiesen, Gender-Sprache wird an Universitäten untersagt und die AfD attackiert systematisch die Geschlech-

terforschung. Alice Weidel forderte sogar die »Vertreibung von Gender-Professorinnen«. Besonders bedenkllich ist der Leopoldina-Bericht 2025, der Gleichstellung, Diversität und Nachhaltigkeit als »gesellschaftliche Nebenzwecke« abwertet und sie aus dem Kernauftrag der Wissenschaft ausgliedern will. Die Umsetzung der »Nebenzwecke« soll nach Belieben der Hochschulleitungen freiwillig geschehen.

Die USA zeigen: Nicht weniger »politische« Universitäten sind das Ziel, sondern eine Wissenschaft, die ausschließlich politischen Interessen dient. Die Hochschule als kritische Institution der Demokratie steht damit auf dem Spiel.

Gendergerechtigkeit, Diversität und Nachhaltigkeit dürfen nicht als Verhandlungsmasse geopfert werden. Vielmehr müssen diese Forschungsfelder und Gleichstellungspolitik als integrale Bestandteile einer unabhängigen Wissenschaftslandschaft verteidigt werden, denn sie sind essenziell für eine epistemisch und normativ verantwortungsvolle Wissensproduktion. Wissenschaftsfreiheit zu schützen bedeutet, die Demokratie selbst zu verteidigen.

Anmerkungen

- * Einstein Professorin Kathrin Zippel ist Soziologin und Genderforscherin und hat 30 Jahre lang in den USA gelebt, studiert, gelehrt und geforscht. Seit ihrer Rückkehr nach Deutschland an die FU Berlin im Juli 2022 hat sie noch ein Forschungsteam in den USA und Kanada geleitet und ein von der NSF gefördertes Projekt zur Erforschung von Gleichstellungspolitiken an amerikanischen Universitäten bis zum 31.4.2025 abgeschlossen.
- 1 Grant Watch 2025. *Weekly Terminated NIH Grants Report*, https://grant-watch.us/docs/2025-06-03_weekly_report_confirmed_term.pdf, (Zugriff vom 9.6..2025).
- 2 Saxbe, Darby (04.02.2025). BREAKING. From a program officer at the National Science Foundation, a list of keywords that can cause a grant to be pulled. I will be ... [Post], Bluesky, <https://bsky.app/profile/darbysaxbe.bsky.social/post/3lhcvn4hxwk2o>, (Zugriff vom 26.05.2025).
- 3 Yourish, Karen; Daniel, Annie; Datar, Saurabh; White, Isaace; Gamio, Lazaro (07.03.2025). *These Words Are Disappearing in the New Trump Administration*. The New York Times. <https://www.nytimes.com/interactive/2025/03/07/us/trump-federal-agencies-websites-words-dei.html>, (Zugriff vom 28.5.2025).
- 4 GrantWatch, NSF Summary. What programs are being terminated? <https://grant-watch.us/nsf-summary-2025-05-07.html> (Zugriff vom 9.6.2025).
- 5 Safe NSF, <https://www.savensf.com/>, (Zugriff vom 26.05.2025).
- 6 AAC&U 2025. *Public Statement. A Call for Constructive Engagement*, 22. April 2025, <https://www.aacu.org/newsroom/a-call-for-constructive-engagement>, (Zugriff vom 31.05.2025).
- 7 Erin Gretzinger, Maggie Hicks, Christa Dutton, and Jasper Smith (30.5.2025). *Tracking Higher Ed's Dismantling of DEI*. Chronicle of Higher Education <https://www.chronicle.com/article/tracking-higher-eds-dismantling-of-dei>, (Zugriff vom 8.6.2025).

Zusammenfassung: Seit Präsident Trumps Amtsantritt 2025 wird die US-Wissenschaft finanziell und politisch unter Druck gesetzt: Milliarden von Forschungsgeldern gestrichen, Wissenschaftsfreiheit, DEI-Programme und internationale Mobilität und Kooperationen werden beschnitten. Hochschulen werden als Feinde gesehen, die es zu bekämpfen gilt. Ziel ist eine ideologische Neuordnung, die existenzielle Schäden verursacht und den Wissenschaftsstandort USA gefährdet.

Stichworte: Trump; Diversity, Equity, and Inclusion (DEI); Anti-Wissenschaft; Wissenschaftsfreiheit; USA

Science as a combat zone. The ideological reorganization of the US scientific landscape

Summary: Since President Trump took office in 2025, US science has been under financial and political pressure: Billions in research funding cut, academic freedom, DEI programs and international mobility and collaborations curtailed. Universities are seen as the enemy that must be fought, and the goal is an ideological reorganization that causes existential damage and endangers the USA as a science location.

Keywords: Trump; Diversity, Equity, and Inclusion (DEI); anti-science; academic freedom; USA

Autorin

Prof. Kathrin Zippel, Ph.D.
Einstein Professorin für Soziologie und Gender Studies
Institut für Soziologie
Garystrasse 55
14195 Berlin
gender-soz@polsoz.fu-berlin.de



© Kathrin Zippel